

Ukraine-Krieg: Wie geht es weiter?

Waffenstillstand?

Der erste Außenminister Russlands - unter Präsident Boris Jelzin - war von 1990 bis 1996 Andrej Kosyrew, der heute in den USA lebt. In einem Interview mit der „Deutschen Welle“ erklärte er am 14. Mai 2025, dass die „einzige Möglichkeit“, den russischen Präsidenten Wladimir Putin aufzuhalten und ihn tatsächlich zu normalen Verhandlungen und zu Überlegungen über ein Ende der Intervention zu bewegen, darin bestehe, die „Ukraine bis an die Zähne zu bewaffnen“.¹ Nur die ukrainische Armee, die ukrainische Wirtschaft und die Stärke des gesamten Landes können eine Hürde für weitere Aggressionen in Europa und die Fortsetzung dieses Kriege darstellen. Die USA fürchten sich vor „Putins nuklearer Erpressung“. Sie hätten immer noch Angst. „Doch Putin wird niemals wegen der Ukraine auf Atomwaffen zurückgreifen. Das ist reine Drohung.“

Der Krieg sei für Russland eine ebenso große Katastrophe wie für die Ukraine. „Und auf lange Sicht ist es vielleicht sogar eine noch größere Katastrophe. Denn Russland verliert sich selbst, während die Ukraine in diesem heroischen Kampf zu sich selbst findet.“

Finanzierung des Krieges

Der im westlichen Exil lebende bekannte russische Ökonom Wladislaw Inosemzew, Mitbegründer und Beiratsmitglied des neuen „Center for Analysis and Strategies in Europe (CASE)“ kommt in einer Analyse am 12. Mai 2025 zu dem Ergebnis, dass die „russische Wirtschaft einen Krieg dieser Intensität auf unbestimmte Zeit finanzieren“ könne.² Die russischen Militärausgaben würden 2025 „wahrscheinlich ihre reale Obergrenze“ erreichen. Während des Krieges von 2022 bis 2025 seien sie um das 3,79-fache gewachsen (31,3 %, 62,2 % und 29,9 % jährlich) bei einer kumulativen Inflation von 35,2 %.

Die beiden Jahre 2025 und 2026 würden für die russische Wirtschaft „von entscheidender Bedeutung“ sein, da die „Rolle der Militärausgaben als Wachstumstreiber nahezu erschöpft“ sei. Der liquide Teil des Nationalen Vermögensfonds könnte bis zum Jahresende erschöpft sein, um ein prognostiziertes Defizit von 3,79 % zu decken. In diesem Jahr würden die Militärausgaben zum ersten Mal die Einnahmen aus Öl und Gas übersteigen. Militärausgaben von bis zu 8 % des Bruttoinlandsprodukts würden die russische Wirtschaft nicht bedrohen. Die Wirtschaft sei nicht vollständig den Kriegsaufgaben unterworfen worden. Die Stabilität des Systems Putins beruhe auf dem starken Anstieg des Lebensstandards in den 2000er Jahren, der sich seitdem nicht wesentlich verschlechtert habe.

Für Russland bleibe der Ukraine-Krieg eine „militärische Spezialoperation, kein Krieg, der die Gesellschaft und die Kernzüge der Wirtschaft definiere. „Wirtschaftliche Faktoren werden diese Aggression nicht beenden.“ Der Krieg gegen die Ukraine sei Putins Priorität. „Mit ihm will er die Möglichkeit demonstrieren, prowestliche Kräfte im gesamten postsowjetischen Raum (und vielleicht den Westen selbst) zu besiegen.“

Ukraine-Krieg im Staatsduma-Wahlkampf 2026

Das russische Medienunternehmen „RosBusinessConsulting“ (RBC, russ. abgekürzt RBK) berichtete am 5. Mai 2025, dass Ende April in Moskau zur Vorbereitung der Parlamentswahl, der Staatsduma-

¹ <https://www.dw.com/de/ex-au%C3%9Fenminister-russlands-nur-bewaffnung-der-ukraine-k%C3%B6nnte-krieg-beenden/a-72542445>

² <https://ridl.io/russian-military-budget-limits-of-sustainability/>

wahl, 2026 die erste „strategische Sitzung“ der Führung der Machtpartei „Einiges Russland“ und des Kurators Innenpolitik in der Präsidialadministration, des Ersten Stellvertretenden Leiters der Präsidialadministration Sergej Kirijenko stattgefunden habe.³ Die Teilnehmer mussten Reden zu verschiedenen Aspekten des künftigen Wahlkampfs vorbereiten, woraufhin die Parteimitglieder Anweisungen von Kirijenko erhielten.

Dabei spielte der Ukraine-Krieg eine nicht unwesentliche Rolle. Dazu führte Kirijenko aus, dass das Szenario des Wahlkampfs mehr oder weniger klar sei, wenn die Militäroperation fortgesetzt werde, aber die Gefahr einer Ermüdung in der Bevölkerung bestehe. Sollte es unmittelbar vor den Wahlen zu einer friedlichen Beilegung des Konflikts kommen, prognostizierte „Einiges Russland“ eine an Euphorie grenzende Stimmung, von der sie glaube, dass sie ihrem Wahlkampf zugutekommen werde.

Aber wenn die Militäroperation zum Beispiel sechs Monate vor den Wahlen endet, dann werde dies den Wahlkampf für die Regierungspartei erschweren. "Da die Euphorie über die friedlichen Beilegung des Konflikts bis zu den Wahlen enden wird, wird die während der Militäroperation zu beobachtende Konsolidierung in der Gesellschaft, in der die Bürger es vorzogen, die Regierung zu unterstützen, auch wenn sie Ansprüche an sie hatten, verschwinden. Darüber hinaus könnte auch die politische Konsolidierung verschwinden."

Unter den Bedingungen der Militäroperation seien sich alle Parlamentsparteien im Allgemeinen einig in der Unterstützung der Behörden. Nach dem Ende des Konflikts könnten sie jedoch den Grad ihrer Kritik verstärken, und „Einiges Russland“ werde dann zur Zielscheibe. Darüber hinaus sehe die Regierungspartei als eines der Hauptrisiken eine mögliche Zunahme der Unzufriedenheit unter den Teilnehmern an der Militäroperation, wenn nach der Rückkehr zum friedlichen Leben keine kompetente Arbeit mit ihnen geleistet werde.

(Die nächste Präsidentenwahl findet 2030. Zu diesem Termin möchte Putin vielleicht eine neue territoriale Eroberung vorweisen.)

„Donbassisation“ Russlands

Der bekannte russische Innenpolitikanalytiker Nikolaj Petrow, jetzt am Chatham-House in London und Visiting Fellow an der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ in Berlin, die dem Bundeskanzleramt zugeordnet ist, analysierte am 22. Mai 2025 bei einer längeren Fortdauer des Ukraine-Kriegs eine „Donbassisation“ Russlands.⁴ Darunter versteht er die „Ausbreitung gangsterartiger Normen und Praktiken von den besetzten Gebieten nach Russland selbst“.

Zwei Realitäten hätten das Potential, das bestehende russische politische System und die herrschende politische Klasse tiefgreifend zu verändern: Erstens müsse der russische Staat sich mit einer großen Anzahl von Kriegsveteranen auseinandersetzen, die vom Schlachtfeld zurückkehren. Während die Kriegsveteranen aufgrund ihrer relativ geringen Zahl zurzeit noch keine wirkliche Bedrohung für den Kreml darstellen, dürften nach einer Demobilisierung Hunderttausende von bewaffneten und traumatisierten Veteranen nach Russland zurückkehren. „Sie werden an die Gesetze eines blutigen Krieges gewöhnt sein, und vielen von ihnen wird es schwerfallen, in das zivile Leben zurückzukehren. Aus der Gesellschaft entwurzelt, von Zynismus durchdrungen und entmenslicht, könnten sie zu einer ernsthaften Bedrohung für die politische und gesellschaftliche Stabilität Russlands werden.“

³ <https://www.rbc.ru/politics/05/05/2025/68123f899a794773203aa412>

⁴ <https://www.swp-berlin.org/en/publication/the-donbassisation-of-russia>

Zweitens müsse der russische Staat die von ihm besetzten Gebiete (die Krim, Donezk, Luhansk, Cherson, Saporischschja) regieren und deren erzwungene Integration in den russischen politischen Raum fördern, indem er Verwaltungspersonal aus Russland in die besetzten Gebiete entsendet, die so zur „Personalschmiede“ würden. Auf diese Weise brächten die besetzten Gebiete eine „neue Art von russischer Verwaltungselite“ hervor. Die Positionen, in die Kriegsveteranen nach ihrer Rückkehr nach Russland bisher berufen wurden, seien „weitgehend irrelevant und beschränken sich auf Bereiche von untergeordneter Bedeutung, wie Sport und patriotische Erziehung, in regionalen Verwaltungen und verschiedenen Ministerien sowie in staatlichen Unternehmen“.

Hinzu komme, dass diese „Helden“ wenig Popularität genießen würden. Bei den Regional- und Kommunalwahlen Mitte September 2024 kandidierten nur 331 von ihnen, die vom Kreml gefördert wurden, für die mehr als 30.000 Mandate. „Vierunddreißig dieser Veteranen wurden zu den neuen Einberufungen der Regionalparlamente zugelassen (das entspricht etwa 5 Prozent der 659 Mandate, die auf dieser Ebene verteilt wurden), 46 in die Räte der Regionalhauptstädte (7,5 Prozent der 610 Mandate) und 233 in die kommunalen Organe kleinerer Städte und Gemeinden (weniger als 1 Prozent).“

Die russischen Wahlberechtigten stimmen wohl nicht für die Veteranen, weil der Kreml den Krieg als weit entfernt und irrelevant für den Alltag der Bürger darstelle. Gleichzeitig habe er „Angst, aus dem bei den Russen unbeliebten Thema Krieg im Wahlkampf Kapital zu schlagen“. Da Freiwillige von den russischen Behörden riesige Summen erhalten, wenn sie sich zum Dienst verpflichten, würden sie von der Mehrheit als "Glücksritter" wahrgenommen, die das Glück gehabt hätten, überlebt zu haben und obendrein auch noch Geld verdient hätten und keine „Nationalhelden“ waren. Das ermöglichte dem Kreml, eine weit verbreitete Unzufriedenheit der Öffentlichkeit über die Kriegsverluste abzuwenden. Darüber hinaus würden viele der Veteranen aus zwei sozialen Gruppen stammen, die in der russischen Gesellschaft wenig Respekt und Wertschätzung genossen: Bürokraten und Kriminelle, die Haftstrafen verbüßten und von privaten Militärfirmen wie von der Gruppe „Wagner“ sowie vom Verteidigungsministerium mobilisiert worden seien.